

Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933

Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions
29. März bis 1. April 1979

Herausgegeben von
Josef Becker und Klaus Hildebrand
unter Mitarbeit von
Klaus Peter Prem, Marie-Luise Recker und Rolf Wenzel



VERLAG ERNST VÖGEL · MÜNCHEN 82

1980

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	VII
Abkürzungen	IX

Teil I

Zur Außenpolitik Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion

<i>R. A. C. Parker</i> : Probleme britischer Außenpolitik während der Weltwirtschaftskrise	3
<i>Klaus Jaitner</i> : Aspekte britischer Deutschlandpolitik 1930—32	21
<i>René Girault</i> : Die französisch-sowjetischen Beziehungen und die Weltwirtschaftskrise	39
<i>Alexander Fischer</i> : Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929—1933	65
<i>Marie-Luise Recker</i> : Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge	85

Teil II

Zum Problem der Abrüstung

<i>Gordon A. Craig</i> : Die Regierung Hoover und die Abrüstungskonferenz	101
<i>Jacques Willequet</i> : Die Regierung König Alberts und die Wiederaufrüstung Deutschlands 1932—1934	129
<i>Michael Geyer</i> : Die Konferenz für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen und das Problem der Abrüstung	155
<i>Marie-Luise Recker</i> : Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge	203

Teil III

Zum Problem der Reparationen, der Politik Brünings und der Wirtschaftsentwicklung

<i>Franz Knipping</i> : Der Anfang vom Ende der Reparationen: Die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses im November 1931	211
<i>Winfried Gosmann</i> : Die Stellung der Reparationsfrage in der Außenpolitik der Kabinette Brüning	237

<i>Josef Becker: Probleme der Außenpolitik Brüning</i>	265
<i>Knut Borchardt: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes</i>	287
<i>Rolf Wenzel: Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge</i>	327

Teil IV

Zum Problem Südosteuropa

<i>Hans-Jürgen Schröder: Die deutsche Südosteuropapolitik und die Reaktion der angelsächsischen Mächte 1929—1933/34</i>	343
<i>Jacques Bariéty: Der Tardieu-Plan zur Sanierung des Donaaraums (Februar—Mai 1932)</i>	361
<i>René Girault: Korreferat zu Jacques Bariéty</i>	389
<i>Jens Petersen: Italien und Südosteuropa 1929—1932</i>	393
<i>Rolf Wenzel: Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge</i>	413

Teil V

Zur Bilanz

<i>Rolf Wenzel: Zusammenfassung der Schlußdiskussion</i>	425
<i>Klaus Hildebrand: Schlußwort</i>	431
Autoren und Diskussionsteilnehmer	439
Personenregister	447

Vorwort

In den beiden Jahrzehnten zwischen dem Ende des Ersten und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs kommt den Jahren 1929—1933 eine herausragende historische Bedeutung zu: Ausbruch und Verlauf der Weltwirtschaftskrise entzogen dem Versailler System und dem Versuch einer Rekonstruktion des europäischen Staatensystems unter französischer Vorherrschaft wie den Bemühungen um eine weltweite kollektive Sicherheitsordnung im Völkerbund die ökonomischen Voraussetzungen. Vor diesem Hintergrund begann mit der Expansion Japans in der Mandschurei im Jahre 1931 eine Entwicklung, die — entscheidend vorangetrieben durch den Lebensraum-Imperialismus von Hitlers III. Reich — nach mancherlei Umwegen, aber doch mit einer tieferen Folgerichtigkeit in den 1941 globale Dimensionen gewinnenden Zweiten Weltkrieg mündete.

Die Tragweite der Entscheidungen der Jahre 1929—33 für die Entwicklung der internationalen Beziehungen ist oft erkannt, aber noch nicht eingehend und im Zusammenhang analysiert worden. Dieser Befund gab bei dem französisch-deutschen Kolloquium, das 1977 vom „Comité d'Histoire de la II^e Guerre Mondiale“ in Paris über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland 1932—1936 veranstaltet wurde¹, den Anstoß zu dem Plan, die Entwicklung der internationalen Beziehungen in der Periode der „paix illusoire“ (J. B. Duroselle) 1929—33 in einem eigenen Symposium zu untersuchen. In vorbereitenden Gesprächen speziell mit R. Poidevin (Metz), der später bedauerlicherweise an der Teilnahme verhindert war, und A. Hillgruber (Köln) und bei einem Treffen an der Universität Frankfurt, an dem J. Bariéty (damals Straßburg/Metz), F. Knipping (Tübingen) und H.-J. Schröder (damals Mainz) sowie die beiden Herausgeber dieses Bandes teilnahmen, wurden die Schwerpunkte des geplanten Kolloquiums festgelegt. Im begrenzten Rahmen von vier Sektionen und unter arbeitstechnisch notwendiger Konzentration auf die Politik der europäischen Mächte und der USA wurden I. die Außenpolitik Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR, II. das Problem der Abrüstung, III. der Komplex der Reparationen, die Politik Brünings und die Wirtschaftsentwicklung und schließlich IV. die Konfliktzone Südosteuropa als Themen der wissenschaftlichen Referate und Diskussionen bestimmt. Das Symposium fand in der Zeit vom 29. März bis 1. April 1979 in Augsburg statt. Die hier gehaltenen Referate werden (zum Teil in über-

¹ Vgl. *La France et l'Allemagne 1932—1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris (Palais du Luxembourg, salle Medicis) du 10 au 12 mars 1977, Paris 1980.*

arbeiteter und erweiterter Form) in diesem Sammelband gemeinsam mit den Resümees der Diskussionen allgemein zugänglich gemacht.

Vorbereitung und Durchführung dieses Symposions wie die Publikation seiner wissenschaftlichen Erträge wären für die Herausgeber dieses Bandes nicht so reibungslos möglich gewesen, wenn sie nicht auf die Hilfe und das Verständnis aller Beteiligten hätten rechnen können. Unser erster Dank gilt daher allen Referenten und Diskussionsteilnehmern, die uns ohne größere Verzögerung ihre Manuskripte zur Verfügung stellten bzw. bei der Schlußredaktion der Diskussionsresümees mitwirkten. Die Wissenschaftlichen Mitarbeiter unserer Lehrstühle in Augsburg und Münster — Frau Dr. Marie-Luise Recker, Herr Wenzel und Herr Prem — haben — gemeinsam mit dem Redakteur der „Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg“, Herrn Dr. Volker Dotterweich — die redaktionelle Hauptlast bei der Herstellung des druckfertigen Manuskripts geleistet. Unser Dank gilt ihnen ebenso wie Herrn Dr. J. Heideking (Tübingen) und Herrn Dr. F. Knipping, die freundlicherweise Übersetzungen der französischen Beiträge beisteuerten. Nicht zuletzt haben wir an dieser Stelle unseren Sekretärinnen, Frau Helga Keie und Frau Marianne Hopmann, zu danken, die über eine Fülle an Schreibaarbeiten hinaus die Last der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Kolloquiums mitzutragen hatten.

Das Zustandekommen des Symposions wie auch dieser Publikation hat die Stiftung Volkswagenwerk ermöglicht. Wir sprechen ihr ebenso unseren Dank aus wie der Leitung und den Mitarbeitern des Hauses St. Ulrich in Augsburg, das dem Symposion eine ideale Tagungsstätte bot.

Ein letzter Dank gilt schließlich unserem Verleger, Herrn Ernst Vögel, der das Buch trotz einiger nicht vorhersehbarer Verzögerungen zügig und zu einem noch erschwinglichen Preis zum Druck brachte.

Josef Becker Klaus Hildebrand

Probleme britischer Außenpolitik während der Weltwirtschaftskrise*

Die Hauptfrage britischer Außenpolitik in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, wie nämlich mit den relativ begrenzten Hilfsquellen des Vereinigten Königreichs die Verteidigung weltweiter Interessen zu gewährleisten sei, wurde in den Jahren nach 1929 besonders brisant. Damals war dieses Problem sicher gewichtiger als zu jedem anderen Zeitpunkt seit 1901, da die anglo-japanische Allianz nicht mehr bestand. Nach dem I. Weltkrieg sah sich Großbritannien zwei Alternativen gegenüber. Die eine bestand darin, die bilaterale Zusammenarbeit mit Japan im Fernen Osten unter dem Risiko fortzusetzen, sich die Gegnerschaft der Vereinigten Staaten zuzuziehen, die andere darin, einem allgemeinen Ausgleich im Fernen Osten unter Einschluß der USA zuzustimmen und konsequent auf die anglo-japanische Allianz zu verzichten. Tatsächlich machte man die Sicherheit britischer Interessen eher von japanischer Passivität, oder, falls Japan seine rege Expansion wiederaufnahm, von amerikanischer Unterstützung abhängig, als von einer Aufteilung des Ostens in englische und japanische Interessenzonen.

In diesen Jahren nach 1929 verschrieb sich Japan erneut einer aktiven Expansionspolitik. Die 1921 getroffene Wahl begann Konsequenzen zu zeigen: Großbritannien blieb nichts anderes übrig, als entweder von amerikanischer Unterstützung abhängig zu werden oder sich selbst um den Schutz seiner fernöstlichen Interessen zu bemühen. Diese Last zu tragen, war nur dann möglich, wenn ein europäischer Ausgleich garantiert werden konnte.

Dieser europäische Ausgleich rückte nach 1929 in immer fernere Zukunft, da die wirtschaftliche Katastrophe die nationalistischen Ressentiments und konservativen Ängste stärkte. Die Aussichten auf eine deutsch-französische Versöhnung, also auf die unerläßliche Vorbedingung eines europäischen Friedens, wurden stetig geringer. Im Osten schwankten die Briten unsicher zwischen der Suche nach amerikanischer Unterstützung und dem Wunsch, Provokationen gegenüber Japan zu vermeiden; im Westen übten sie immer nachdrücklicher jeden möglichen Druck aus, um Frankreich dazu zu bringen, die deutschen Ansprüche in genügender Weise zufriedenzustellen.

*) Aus dem Englischen übersetzt von Rolf Wenzel.

In den Jahren 1929—1932 schien der Ferne Osten zur besorgniserregendsten Gefahrenzone zu werden. Die japanische Bedrohung bewegte die Regierung des Vereinigten Königreiches dazu, die in der „Ten Year Rule“ konkretisierte Vorstellung eines zukünftigen Friedens aufzugeben. In dieser Bestimmung war festgelegt worden, daß die britischen Streitkräfte bis 1932 davon ausgehen sollten, zu keinem Zeitpunkt innerhalb der nächsten zehn Jahre auf einen Krieg gegen eine größere Macht vorbereitet sein zu müssen. Die Doktrin wurde im März 1932 aufgegeben, und das Kabinett stimmte zu, daß „a start should be made in providing commitments which are purely defensive, including the defence of bases, first priority being given to requirements in the Far East“.¹ In der britischen Außenpolitik waren der Ferne Osten und Europa miteinander verbunden. Der Einfluß der Vereinigten Staaten mochte mithelfen, den Ausgleich in Europa zustande zu bringen. Deshalb mußte Großbritannien im Fernen Osten seine Politik mit derjenigen Amerikas abstimmen. Dies aber konnte unter Umständen eine Entfremdung von Japan bedeuten und es auf diese Weise sogar für Großbritannien erschweren, seine ungestörte Aufmerksamkeit Europa zu widmen und hier die Hilfe der Vereinigten Staaten zu erhalten. Die USA waren die einzige andere Weltmacht neben Großbritannien. Mit amerikanischer Unterstützung konnte England möglicherweise seinen Besitzstand halten gegen seine „implicale enemies who sleeplessly lie in wait“ und vielleicht nur noch dem „ageing of the old wolf“ entgegensahen, wie es der Premierminister ausdrückte.²

Ich werde zuerst die britischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und ihre Erprobung im Fernen Osten diskutieren. Danach werde ich den europäischen Schauplatz betrachten, daraufhin zur amerikanischen und britischen Wirtschaftspolitik zurückkehren und schließlich mit einer kurzen Bemerkung zu den anglo-sowjetischen Beziehungen schließen.

Die Hoffnungen und Schwierigkeiten, die in den britisch-amerikanischen Beziehungen zum Ausdruck kamen, faßt ein Schriftstück des Außenministeriums vom Juni 1931 gut zusammen.

„It must be the aim of His Majesty's Government in the United Kingdom to continue the policy they have consistently followed with beneficial results during the last decade of promoting friendly

¹ Summary of decisions 1930—1933 (PRO, CAB 21/369).

² Eine hervorragende Quelle für den Zeitraum sind die Tagebücher Ramsay MacDonalds. Er selbst indessen mahnt den Benützer zur Vorsicht: „The contents of this diary are meant as notes to guide and revive memory as regards happenings and must on no account be published as they are.“ Die Tagebücher sind Bestand des PRO 30/69/8/1. Das Haupttagebuch ist ergänzt durch „The J. R. M. diary“, das Einzelheiten über Auslandsreisen wiedergibt.

relations with the United States of America. This policy has not entailed, and does not call for, the sacrifice of any essential British interest. It does, however, demand the exercise of much patience, and progress is likely to be slow. Thus, there is as yet no prospect of the United States being willing to participate in matters with which they are not directly concerned, such as European affairs, nor is there as yet any tangible evidence that United States public opinion has become reconciled to any implementing of the Kellogg Pact or other assumption of responsibility for the preservation of peace. But if the United States Government and people can be persuaded that Great Britain is pursuing a sane, constructive and progressive world policy, that, in a word, her attitude contrasts favourably with the mutual antagonisms, fears and suspicions of the Continental powers, it will be possible for this country virtually to ensure that the immense political and economic influence of the United States is utilised to the best effect, and incidentally to our advantage.³

Ramsay MacDonald war Premierminister vom Juni 1929 bis zum Juni 1935, zunächst bis August 1931 als Chef der zweiten Labour-Regierung, dann als Premierminister der Koalition des „National Government“, in der die Konservativen zahlenmäßig am stärksten vertreten waren. Hauptsächlich interessiert an außenpolitischen Fragen, konnte er 1929 nur mit einiger Mühe dazu gebracht werden, nicht das Außenministerium zusammen mit dem Amt des Premierministers zu übernehmen, wie er es 1924 getan hatte.⁴ Er glaubte fest daran, daß die anglo-amerikanische Zusammenarbeit nicht nur möglich sondern auch lebenswichtig war. Der größte Erfolg britischer Außenpolitik in dieser Zeit, nämlich das Londoner Marineabkommen von 1930, das die britischen, amerikanischen und japanischen Kriegsschiffe nach Kategorien begrenzte — was man im Washingtoner Abkommen von 1922 ausgeklammert hatte — war das Ergebnis anglo-amerikanischer Diskussionen, in denen MacDonald die führende Rolle auf britischer Seite spielte. Die technischen Details der anglo-amerikanischen Marinediskussion waren hochkompliziert, die Hauptzüge einfach: die Briten wünschten eine Kriegsmarine, die zu Flottenaktionen gegen den stärksten potentiellen Gegner — Japan — und gleichzeitig zur Verteidigung der Heimatgewässer gegen jede andere Bedrohung, d. h. zum Schutz der Handelslinien und zur Überwachung peripherer Zonen des Empire, fähig sein sollte. Amerikanische Admirale verlangten die größtmögliche „two-ocean-navy“, d. h. eine Marine für den Pazifischen und den Atlantischen Ozean. Die Japaner schließlich

³ PRO, CAB 24/225, C. P. 317 (31).

⁴ D. Marquand, Ramsay MacDonald, London 1977, S. 489 f.

wollten ihre regionale Überlegenheit in asiatischen Gewässern sichern. Die amerikanischen Admirale bereiteten die Hauptschwierigkeiten: In ihrem entgegenkommendsten Vorschlag bestanden sie auf der Parität mit der Royal Navy. Da sie an offensiven Flottenoperationen interessierter als an Geleitschutzaufgaben waren, verlangten sie im Gegensatz zur Royal Navy mehr schwere als leichte Kreuzer. Aber ihr Beharren auf dem Bau schwerer Kreuzer zum Ausgleich für die britische Überlegenheit bei leichten Kreuzern hätte zu der japanischen Forderung nach mehr schweren Kreuzern geführt. Das wiederum konnte die Briten zwingen, nach größerer Tonnage zu streben, und auf diese Weise die Forderungen des US-Marineamtes auf einen noch höheren Stand bringen usw.

Die erfolgreiche Regelung des anglo-amerikanischen Problems, unterstützt durch die Unterredungen MacDonaldis mit Hoover vom Oktober 1929,⁵ führte eine wirksame Zusammenarbeit zwischen MacDonald, Hoover und Stimson während der Verhandlungen zum Londoner Übereinkommen herbei. Dies war der einzige große Erfolg für die angelsächsische Achse: gegenüber den beiden anderen Problemen, nämlich Japan und dem deutsch-französischen Antagonismus, war sie schwankend und ohne Effizienz.

Im Dezember 1931 besetzten japanische Truppen Mukden. 1932 begründeten sie ihre Kontrolle über die Mandschurei und errichteten den neuen Staat Mandschukuo. Zu Beginn des Jahres 1932 bemühten sich die Japaner in Shanghai, dem chinesischen Markt mit Gewalt ihre Handelsbedingungen aufzuerlegen. Dieser Versuch wurde aufgrund des chinesischen Widerstandes abgebrochen und zunächst aufgeschoben. Britische Interessen waren bedroht. „If we stand aside and leave Japan to work her will unchecked upon China, British commercial interests may suffer severely from Japanese arrogance and Chinese xenophobia. A Far East where Japan was dominant and arrogant would not be a favourable sphere for the development of British trade and industry“, schrieb ein Experte des Außenministeriums.⁶ Aber die britischen Streitkräfte gaben zu verstehen, daß ein Krieg mit Japan unmöglich sei. Der ständige Unterstaatssekretär im Außenministerium, Sir Robert Vansittart, faßte die Lage zusammen: „If Japan continues unchecked . . . our position and vast interests in the Far East will never recover . . . We are incapable of checking Japan in any way . . . therefore we must eventually be done for in the Far East unless the United States are eventually to use force . . . By ourselves we must eventually swallow any and every humiliation in the Far East.“⁷ Für die Vereinigten Staaten war der Zeit-

⁵ Siehe hierzu DBFP, II, Bd. 1, S. 106—117.

⁶ Ebda., Bd. 9, S. 266.

⁷ Ebda., S. 282 f.

punkt gekommen, sich an der Verteidigung des britischen Empire zu beteiligen. Vielleicht hätte Stimson diesen Wunsch gehabt. Hoover war ganz gewiß nicht dazu bereit, derartiges zu tun, denn es war für die Vereinigten Staaten politisch ganz unmöglich, irgendein Kriegsrisiko auf sich zu nehmen. Die Briten waren unter diesen Umständen der Ansicht, daß man die Japaner wenigstens nicht provozieren sollte, wenn man ihnen schon keinen Widerstand entgegensetzen könne. Im Außenministerium bemerkte im Februar 1932 ein erfahrener Beamter: „It is not impossible that, especially if exasperated by foreign pressure, we might see something like a fascist movement in Japan, or a government forced by popular excitement and militant die-hards to embark upon a policy of adventure far exceeding anything we have witnessed as yet . . . The success of our Far Eastern policy and the prosperity of our economic interests are largely dependent on Japanese good-will.“⁸ „Pressure“ sollte deswegen vermieden werden, um den „good-will“ zu erhalten. Die britische Regierung sah sich hierbei einer Schwierigkeit gegenüber: dem Völkerbund. Eine gewichtige öffentliche Meinung in Britannien begünstigte wie auch viele Mitglieder des Parlaments in hohem Maße eine Unterstützung des Völkerbundes. Unterstützung des Völkerbundes hieß Opposition gegen eine aggressive Politik und demzufolge auch Opposition gegen Japan. Auch durch das Verhalten des US-Außenministers Stimson wurde eine Lösung erheblich erschwert. Einerseits nicht in der Lage, Japan in irgendeiner konkreten Form Einhalt zu gebieten, begann er andererseits Anfang 1932 eifrig damit, das japanische Verhalten anzuprangern. Die Briten versuchte er dahin zu bringen, es ihm gleich zu tun. In den Augen Japans mochte hinter einer derartigen öffentlichen Brandmarkung die Drohung eines aktiven Eingreifens stehen. Im Februar 1932 weigerte sich die britische Regierung daher, mit Stimson in eine „Anklage Japans“ einzustimmen und ersetzte diese, verbunden mit unveröffentlichten Beruhigungsadressen an Japan, durch eine mildere Verurteilung auf Völkerbundesebene. Die Krise im Fernen Osten zeigte, daß auch bei ähnlichen langfristigen Zielen der amerikanischen und britischen Regierung die USA vom britischen Standpunkt aus nicht kalkulierbar und schwer zu kontrollieren waren.

Auch in Europa gelang es der angelsächsischen Kombination wegen ihres Widerstrebens, Risiken auf sich zu nehmen, nicht, das zu sichern, was sie wollte: die Friedensgewißheit. Weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten waren bereit, den französischen Preis für die kooperative Hinnahme eines wiedererstarkenden Deutschlands zu bezahlen. Die britischen Regierungen tadelten freilich eher die Franzosen wegen des Preises, den sie verlangten, als die Vereinigten Staaten wegen deren Weigerung, ihn zu bezahlen

⁸ Ebd., S. 289 f.

— besonders deshalb, weil der britische Widerwille, sich in Europa zu verpflichten, nicht weit von dem der Vereinigten Staaten entfernt war. Das andere große Ziel der britischen Politik in diesen Jahren war die Erholung der Weltwirtschaft und derjenigen Großbritanniens mit ihr. Hier vor allem war besonders deutlich zu sehen, daß die Vereinigten Staaten den britischen Wünschen nicht folgten. In diesem Bereich zeigte sich besonders eindrucksvoll, wie die Wirtschaftskrise den amerikanischen Isolationismus eher verstärkte als verringerte.

Das Außenministerium grenzte das europäische Problem wie folgt ab:

„The present world „confidence crisis“ can be analysed as a series of interlocking problems, ranging from the purely financial and monetary problem at the one end to the purely territorial problem created by the Peace Settlements at the other end. The links in the chain fall together more or less in the following order: The *monetary crisis* leads inevitably back to the *economic chaos* in Europe. The economic chaos, and all attempts to deal with it, involve in their turn the political questions of *reparations and war debts*. These are linked by the United States with the question of *disarmament*, and the latter, in the eyes of the French Government, depends upon the problem of *security*. The problem of security in its turn raises the question of the *territorial status quo* in Europe (e. g., the Eastern Frontier question), which brings us to the conflict between the *maintenance or revision of the Peace Settlements*. We thus have a whole range of interlocking problems . . .“⁹

Im September 1929 trug Briand seine Gedanken zu „einer Art föderaler Bindung in Europa“ an die Öffentlichkeit und schlug im Mai 1930 ein europäisches Gremium vor, um die Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Europäer zu prüfen. Die Briten protestierten sofort gegen alles, was ihre Beziehungen mit Amerika oder mit dem Commonwealth vielleicht schwächen konnte. (Brüning lehnte die vorgeschlagene Erweiterung einer Garantie der europäischen Grenzen ab). Im März 1931 wurde die vorgesehene deutsch-österreichische Zollunion angekündigt. Das Resultat war ein Vergleichstest der finanziellen Leistungsfähigkeit, den Frankreich mit Leichtigkeit gewann. Wie es scheint, konnte Frankreich durch Kapitalabhebungen von österreichischen Banken Druck ausüben. Als die Kreditanstalt bedroht wurde, versuchte die Bank von England vorbehaltlos, sie zu stützen. Hinreichender Beistand konnte jedoch nur von Frankreich kommen und wurde von dort solange verweigert, bis die Zollunion formal aufgegeben worden war. Im Juni 1931 erreichten die Goldverluste der Deut-

⁹ PRO, CAB 24/225, C. P. 301(31).

schen Reichsbank Krisenquoten: Hoover schlug ein Moratorium für alle internationalen Staatsschulden und Reparationszahlungen vor. Die Franzosen stellten Bedingungen. Sie bestanden auf den uneingeschränkten jährlichen Reparationszahlungen laut Young-Plan und verzögerten so das Inkrafttreten des Hoover-Moratoriums um zwei verheerende Wochen. Es folgte das Londoner Stillhalteabkommen vom Juli 1931, das den Druck von der Mark auf das Pfund Sterling ableitete. Im September verließ Britannien daher den Goldstandard. Im Juni 1932 trat die Lausanner Konferenz zusammen, um die Zukunft der Reparationen zu diskutieren oder um vielmehr die Tatsache zu kaschieren, daß die Franzosen genötigt wurden, auf sie zu verzichten, ohne eine Kompensation durch die Vereinigten Staaten in Form einer Streichung der Kriegsschulden zu erhalten. In der Zwischenzeit wurde im Februar 1932 die Abrüstungskonferenz eröffnet. Deutschland und Frankreich nahmen die erwarteten Positionen ein: Deutschland bestand auf Gleichberechtigung (d. h. auf deutsche Wiederaufrüstung). Frankreich forderte zusätzliche Sicherheit. 1932 kam dieses Verlangen in einer Form zum Ausdruck, die eine Stärkung des Völkerbundes bedeuten mußte. Denn der französische Vorschlag vom Februar 1932 sah eine gewisse internationale Polizeitruppe (Tardieu-Plan) und in der Novemberversion desselben Jahres ein wirkliches Monopol über die Streitkräfte vor. Im Juli 1932 zogen sich die Deutschen von der Konferenz zurück und begründeten ihren Schritt damit, daß Gleichberechtigung nicht zugestanden worden sei. Sie wurde ihnen im Dezember von den Franzosen gewährt. Deutschland versprach daraufhin die Rückkehr an den Verhandlungstisch. Als Hitler an die Macht gelangte, verzögerte er geschickt die Gespräche.

Die Ziele der britischen Politik waren klar und einfach: Frieden und Wohlstand. Das bedeutete, die europäischen Mächte dazu zu bringen, von Streitigkeiten abzusehen und einen Rüstungswettbewerb zu vermeiden. Das bedeutete darüber hinaus, die Handel treibenden Länder dahin zu bringen, ihre Zölle niedrig zu halten und ihre Währungen auf einem für die Briten vorteilhaften Niveau zu stabilisieren, d. h. auf einem angemessenen Stand gegenüber dem Pfund Sterling. Für die Schöpfer der britischen Politik bestand das Problem darin, wie diese Ziele zu erreichen waren. Es gab nur zwei mögliche Methoden: Einerseits konnte man den auswärtigen Mächten Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten bestimmte Anreize bieten, andererseits Mahnungen erteilen, also den fundamentalen Wert sowie die Vorteile von Frieden und Wohlstand predigen. Die britische Politik in diesen Jahren war auf der ganzen Linie ein Mißerfolg. Der Grund hierfür war einfach: Die Briten wollten oder konnten den relevanten auswärtigen Mächten nicht genügend Gegenleistungen für eine Zustimmung zu den britischen Wünschen anbieten.

Das Außenministerium schlug vor, zwei aufeinander abgestimmte Verhandlungswege zu verfolgen: einen politischen, um den Frieden, und einen wirtschaftlichen, um den Wohlstand zu sichern. Die Briten wollten den Franzosen Sicherheit anbieten und die Franzosen sollten dann Deutschland die Revision des Versailler Vertrags in Fragen der Rüstung, Österreichs und der polnischen Grenzen zugestehen. Vielleicht würden auch die Vereinigten Staaten zu Frankreichs Sicherheit beitragen und auf die Zahlung der Kriegsschulden verzichten, um so Frankreich zu ermutigen, Konzessionen bei den Reparationen zu machen. Wirtschaftlich konnten die Briten einen freien Markt und nach dem September 1931 auch die Stabilisierung des Pfund Sterling anbieten. Das ganze Gefüge sollte von einem neuen Mechanismus für einen internationalen Währungsaustausch gekrönt werden, um die Stabilität des Goldstandards ohne die Verzerrungen wiederherzustellen, die die nationale Goldhortungspolitik mit sich gebracht hatte.

So stellte es das Außenministerium dar:

„France . . . is unwilling either to disarm or to finance Europe, as she alone can, unless she is satisfied on the question of security. But Germany refuses to accept the territorial settlement of the Peace Treaties, especially as regards the Polish frontier. By security, therefore, France means security not only against aggression and invasion but security against treaty revision except by negotiation . . . France refuses to meet Germany on the question of reparations unless America revises war debts. America refuses to relax her drain of gold from Europe until there is an agreement about disarmament, and until the more dangerous political issues, such as those of the eastern frontier, have been eliminated. Until this political deadlock is solved, the economic co-operation of Europe, so loudly preached and so difficult to practise, remains a theoretic ideal, and until it becomes a reality, the economic crisis will continue to undermine the social and political structure of Europe.“

Frankreich war der politische Schlüssel:

„Unless France can be satisfied as regards security and a reasonable measure of disarmament thereby rendered possible, there can be no hope that America's financial attitude towards Europe would be voluntarily relaxed in the direction that we desire. Assuming that America meets her debtors as regards war debts, then Germany's creditors can at once afford to be more generous as regards reparations. Germany, satisfied as regards disarmament, reparations and the promise of financial rehabilitation, might be induced to accept

as final a settlement of that principal danger spot of Europe, the eastern frontier, on lines which give her something less than complete restitution; while Poland faced by a combination of Great Britain, America, France, Germany and Italy, might conceivably be brought to a more reasonable frame of mind, though some *quid pro quo* would have to be found for her, either political or economic or both.“

Irgendwie müsse zunächst das Sicherheitsverlangen Frankreichs befriedigt werden, dann sei es möglich, „that she would not necessarily support Polish claims if too unreasonable in their nature“. Die französische Einstellung gegenüber Österreich könnte eventuell ebenfalls modifiziert werden:

„The ‚*Anschluss*‘ in the form of a political union between Germany and Austria, seems to us in Great Britain to be reasonable and logical. To the French, it is anathema, even in the form of a customs union. Owing to the inability of Austria to live as an economic unit, if for no other reason, the idea of the German-Austrian Customs Union cannot be regarded as dead, unless and until it is merged in that of a more comprehensive European union.“

Was für ein Angebot sollte man Frankreich machen? Die Antwort des Außenministeriums war im wesentlichen die des Genfer Protokolls, das Großbritannien 1924 abgelehnt hatte: „France signed that instrument and declared herself willing, on the strength of it, to come to a Disarmament Conference in 1925.“ Insbesondere sollte Frankreich, sofern es bereit war abzurüsten, in zwei Punkten zufriedengestellt werden: Die Sanktionen nach Artikel 16 der Völkerbundsatzung mußten automatisch erfolgen und durften nicht dem freien Ermessen überlassen bleiben. Sie mußten zudem jeden Eventualfall einbeziehen. Die Urheber dieses Vorschlags sahen die Kritik voraus, die ihr Vorhaben hervorrufen würde: Es implizierte britische Verpflichtungen in Osteuropa, nämlich die Unterstützung Frankreichs im Falle eines Konflikts über die deutsch-polnische Grenze. Die Antwort auf diese Kritik war vage: „Polish pride“ müsse, falls notwendig, geopfert werden. „It is by no means impossible to conceive of a situation so developing in the course of negotiations which would unite such an army of forces as would overcome even Polish obduracy without bloodshed“. Es ergab sich ein weiteres Problem: Zusätzliche Verpflichtungen gegenüber Frankreich konnten Britannien vielleicht in Aktionen gegen einen Aggressor verwickeln, die Blockademaßnahmen gegen den amerikanischen Handel erforderten. Die einzige Antwort hierauf war die Hoffnung, daß sich die Vereinigten Staaten

für „parallel action“ entscheiden würden. „We should work on the assumption that the United States may still be won over if European disarmament becomes a reality“.¹⁰

Am 15. Dezember 1931 führte eine Sondersitzung des Kabinetts zur Beantwortung zweier fundamentaler Fragen, die diesem infolge der Vorschläge des Außenministeriums von einem Ausschuß zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz vorgelegt worden waren:

„What is the British answer to the French claim for ‚security‘? Are we prepared to pay the price which may be the only means of bringing about a reduction in French armaments? That price is some form of guarantee, over and above Locarno, under which, in conceivable circumstances, British forces might be engaged in war on the Continent of Europe, even in respect of the Eastern frontier of Germany.“

Die Antwort war klar: „The Cabinet are not prepared to enter into some form of guarantee over and above Locarno under which, in conceivable circumstances, British forces might be engaged in a war on the Continent of Europe, even in respect of the Eastern frontier of Germany“. Der zweite Punkt betraf die Frage nach einer internationalen Streitmacht. Die Antwort hierzu lautete, daß „the idea of the creation of some international force does not commend itself to the Cabinet“.¹¹

Orme Sargent machte in einem anderen offiziellen Papier desselben Monats auf die Gefahren aufmerksam, die dann entstünden, wenn eine Kooperation mit Frankreich fehlschlagen würde:

„Granted that the maintenance of Germany’s social and financial future is on the present occasion of quite special importance to us, I venture to suggest that it will be by co-operation with France rather than by opposing her that we can best achieve our object of saving Germany. Only by co-operation will we convince the Hitlerite element in Germany that defiance and provocation will not pay, and only by co-operation will we be able to restrain the French from getting into a state of panic which would ultimately take the form of a policy of complete obstruction.“¹²

Das Kabinett verwarf den Gedanken an eine derartige Kooperation mit Frankreich. Konsequenz waren die europäischen Mißerfolge von 1932, die dem Unheil von 1931 folgten. 1931 hatten die Briten nur über knappe

¹⁰ Ebda.

¹¹ PRO, CAB 24/225, C. P. 322 (31); PRO, CAB 23/69, Cabinet 91 (31).

¹² Note vom 9. 12. 1931 (PRO, FO 800/285, Bl. 140).